

V0664/19  
öffentlich



AfD Kreisverband IN/Ei – Postfach 100 331 – 85003 Ingolstadt

Stadt Ingolstadt  
Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Christian Lösel  
Rathaus  
85049 Ingolstadt

Ulrich Bannert  
Postfach 100 331  
85003 Ingolstadt  
Tel.: +49(0)841 66 22 7

E-Mail: ulrich.bannert@t-online.de

Ingolstadt, den 23.07.2019

Gremium	Sitzung am
Stadtrat	25.07.2019

**Änderungsantrag zur Stadtratssitzung 25.07.2019**  
**- Antrag von Stadtrat Bannert, AfD zu V0588/19 vom 23.07.2019 -**

**Antrag der Partei Bündnis 90/ Die Grünen zur Deklaration der Stadt Ingolstadt zum sogn. „Sicheren Hafen“ wird abgelehnt + nicht weiterverfolgt.**

Begründung:

1. Die Deklaration unserer Stadt zum „Sicheren Hafen“ wird von der Aktion „SEEBRÜCKE“ unterstützt. Der Artikel im DK vom 12.Juli nannte sie eine „Internationale Solidaritätsaktion“. Der Artikel verschweigt, dass die „SEEBRÜCKE“ und damit die „sicheren Häfen“ von zahlreichen linken NGO's unterstützt wird:

#WelcomingEurope

**Adopt a Revolution**

Aktionsbündnis BUNT statt BRAUN Saar

Black Lives Matter Berlin

Flüchtlinge Willkommen

Flüchtlingsrat Berlin

Förderverein PRO ASYL e.V.

Hedonistische Internationale

**Interventionistische Linke**

Maulhelden Büro

Peng Collective

PRO Bleiberecht in Mecklenburg-Vorpommern

Refugees Welcome Internationale

Stuhlkreisrevolte

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – **Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten**

Weiterhin medizinische Verbände.

Die „**SEEBRÜCKE**“ agiert über eine **zentrale Website** und bietet hier Anleitung zur Anmeldung von Demonstrationen, zum Umgang mit Facebook, Bezugsquellen für Werbematerial und Argumentationshilfen.

**Es wird klar, dass es sich bei dem Antrag der Grünen nicht um eine spontane Idee Ingolstädter Gastwirte handelt, sondern um eine im Kern zentral gesteuerte Kampagne linker Vorfeldorganisationen (NGO's).**

2. Eine Deklaration einer Stadt zum „Sicheren Hafen“ hat zur Folge, dass mehr Migranten von den teilnehmenden Städten aufgenommen werden als es die bundesweite Obergrenze von 220.000 pro Jahr vorsieht (wie der Artikel des DK vom 12.07.19 darlegt).

Dies bedeutet, dass eine entsprechende Deklaration zum „Sicheren Hafen“ einen unüberschaubaren Zuzug von Migranten zur Folge haben kann, denn eine Begrenzung von Zeitraum oder Personenzahl wird nicht ausgewiesen.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag Ulla Jelpke forderte: „Die Bundesregierung muß umgehend allen in Libyen befindlichen Flüchtlingen eine sichere Überfahrt über das Mittelmeer und eine Aufnahme in Deutschland ermöglichen“ (Junge Freiheit online, 16.07.19)

Die „Sea-Watch-3“ Kapitänin Carola Rackete forderte im BILD-Interview am 15. Juli die sofortige Aufnahme von 500.000 Flüchtlingen aus Libyen nach Europa und betonte, dass Asyl keine Grenzen kenne.

3. Die Bevölkerung Ingolstadts ist durch die zentrale Abschiebestelle Oberstimm bereits stark mit der außereuropäischen Migration konfrontiert. Eine weitere Zuwanderung stellt eine Überforderung dar und wird von den Einheimischen mutmaßlich nicht akzeptiert.
4. Die Anerkennungsquote auf Asylanträge liegt weiterhin unter 5 %. Die Rückführung von Ausreisepflichtigen bleibt hinter den gesetzlich vorgesehenen Zahlen zurück. Dies hat für Ingolstadt weitreichende Konsequenzen was die Industrielle Standort- und zivile Wohnortsattraktivität angeht. V.a. Kitas, Kindergärten und Schulen hätten neue Aufgaben.
5. Die Automobilbranche, Audi und die entsprechenden Zulieferer stehen vor rückläufigen Verkaufszahlen. In den kommenden Jahren könnte die Arbeitslosigkeit in der Region ansteigen. In diesem Umfeld ist die Aussicht gering, dass Migranten gute Chancen am Arbeitsmarkt haben. Lt. Andrea Nahles (SPD) sind lediglich 5 – 10% der Migranten in den Arbeitsmarkt integrierbar.

**Ich als Ingolstädter AfD Stadtrat weise bewusst hin, dass die beantragte Deklaration unserer Heimatstadt zu einem „Sicheren Hafen“ in ihrer Bedeutung völlig unterschätzt wird und die Hintergründe weitgehend unbekannt sind. Ich appelliere an die Weitsicht und das Verantwortungsbewusstsein aller Stadtratsmitglieder!**

Mit freundlichen Grüßen  
Ulrich Bannert  
Stadtrat